



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 7. Februar 2006 (10.02)
(OR. en)**

6116/06

**ECOFIN 34
UEM 42
SOC 55
MI 23
COMPET 11
EDUC 22
RECH 13
AG 7
FISC 23**

VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für die Delegationen

Betr.: Eckpunktepapier des Vorsitzes für den Rat (Wirtschaft und Finanzen)
– Zu erörternde Fragen

Die Delegationen erhalten anbei mit Blick auf die Frühjahrstagung des Europäischen Rates ein Eckpunktepapier für die Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen), das vom Vorsitz nach Erörterungen im Wirtschaftspolitischen Ausschuss und im Wirtschafts- und Finanzausschuss erstellt worden ist.

Anlage

Eckpunktepapier für den Rat (Wirtschaft und Finanzen) mit Blick auf die Frühjahrstagung des Europäischen Rates

Zu erörternde Fragen

1. Einleitung: Zentrale Herausforderungen und Chancen für Europa

Die Lissabonner Strategie wurde 2005 stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet; gleichzeitig wurde die Berichterstattungspraxis gestrafft, und die nationale Eigenverantwortung erhielt einen höheren Stellenwert. In diesem Jahr sollte der Durchführung angekündigter oder in Aussicht genommener Reformen Vorrang eingeräumt werden, die im Einklang mit den nationalen Lissabon-Reformprogrammen Wachstum und Beschäftigung fördern sollen.

In diesem Papier werden im Rahmen dieser Prioritäten die wichtigsten Herausforderungen aufgezeigt, denen die Union und die Mitgliedstaaten im Jahr 2006 gegenüberstehen; es stützt sich unter anderem auf die Mitteilung der Europäischen Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates, die unter dem britischen Vorsitz durchgeführten länderspezifischen Untersuchungen und die Arbeit des EPC und des WFA.

Die mit der Globalisierung einher gehende Verschärfung des Wettbewerbsdrucks von außen, die alternde Bevölkerung, die mittelfristig steigenden Energiepreise und die Notwendigkeit, die Energiesicherheit zu gewährleisten, bilden die Rahmenbedingungen der derzeitigen Wirtschaftslage.

Nach Schätzungen der Kommission wird die Wirtschaftstätigkeit in der EU 2006 ihr Potenzial erreichen; erwartet werden ein Wert von 2,1 % in diesem Jahr und eine weitere Zunahme auf 2,4 % im Jahr 2007 (Euro-Raum: 1,9 bzw. 2,1 %). Der wichtigste Impuls wird voraussichtlich von der Inlandsnachfrage, insbesondere von privaten Investitionen, ausgehen; auslösender Faktor ist eine spürbare Verbesserung in der Stimmung der Wirtschaft seit Mitte 2005. In der EU werden im Dreijahreszeitraum von 2005 bis 2007 voraussichtlich sechs Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen; die Arbeitslosigkeit würde dann von ihrem Höchststand von 9,0 % Ende 2004 auf 8,5 % im Jahr 2006 und 8,1 % im Jahr 2007 zurückgehen. Der Umfang der Arbeitslosigkeit (fast 19,5 Mio.) und die Entwicklung des Potenzialwachstums stellen jedoch weiterhin große Herausforderungen für die Union dar. Die Inflationsrate wird in der EU in diesem Jahr auf Grund hoher Ölpreise leicht (auf 2,2 %) ansteigen, bevor sie 2007 wieder auf 1,9 % sinkt.

2. Wachstums- und beschäftigungsfördernde Politik

Die in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik für die Jahre 2005-2008 festgelegte wirtschaftspolitische Strategie der EU behält ihre Gültigkeit. Sie ist darauf ausgerichtet, dass die Politik kurzfristig flexibel auf veränderte Wirtschaftsbedingungen reagiert und dabei gleichzeitig das Wachstumspotenzial der EU längerfristig stärkt. Ein höheres und nachhaltiges Wachstum unserer Volkswirtschaften lässt sich nur durch stabilitäts- und wachstumsorientierte makroökonomische Maßnahmen und Strukturreformen erreichen, wobei die beiden Bereiche einander wechselseitig verstärken können. Eine vollständige Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik könnte zu einem Anstieg des durchschnittlichen BIP-Wachstums in der EU auf etwa 3 % pro Jahr führen.

Die neue Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung hat dem Reformprozess neue Impulse verliehen. Die nationalen Lissabon-Reformprogramme, die einen Beitrag zur Umsetzung der Integrierten Leitlinien (IL) leisten sollen, haben zu einem deutlich höheren Stellenwert der nationalen Eigenverantwortung geführt und werden die Durchführung von Reformen erleichtern. Die zügige und umfassende Durchführung der Reformen in den einzelnen Staaten ist entscheidend für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg der europäischen Wirtschaft. In der Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates kommt zum Ausdruck, dass die Mitgliedstaaten fest entschlossen sind, die notwendigen Reformen durchzuführen, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung des nachhaltigen Wachstums in Europa gerichtet sind.

Mit dem Ziel, die Fähigkeit Europas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Voraussetzungen für höhere Produktivitätszuwächse durch Investitionen zu verbessern, werden in der Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates vier wachstums- und beschäftigungsfördernde Aktionen aufgezeigt: Mehr in Wissen und Innovationen investieren (Aktion 1), Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (Aktion 2), Antwort auf Globalisierung und demografischen Wandel (Aktion 3) und Schaffung eines effizienten Energiemarkts (Aktion 4). Der Rat wird nunmehr in dem Bereich, für den er im Wesentlichen zuständig ist, konkrete Maßnahmen der Mitgliedstaaten erörtern.

2.1. Eine solide makroökonomische Politik einschließlich einer mit dem überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakt in Einklang stehenden Haushaltspolitik

Tragfähige und solide öffentliche Finanzen, die voll und ganz mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in Einklang stehen, sollten den Kern einer mittelfristig angelegten, umfassenden und wachstumsfreundlichen Strategie bilden. Die Mitgliedstaaten sollten ihre mittelfristige angestrebte Haushaltslage erreichen oder stabil halten; übermäßige Defizite sollten vermieden werden. Hier müssen zahlreiche Mitgliedstaaten noch Fortschritte erzielen. In diesem Zusammenhang sollte die sich mit einem gesunden Wirtschaftswachstum bietende Gelegenheit zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden; hier ist im Durchschnitt des Konjunkturzyklus konjunkturbereinigt ein Wert von 0,5 % pro Jahr anzustreben, wobei einmalige und befristete Maßnahmen nicht angerechnet werden. In einigen Mitgliedstaaten legt die Konjunktur eine ehrgeizigere Haushaltskonsolidierung nahe, damit die übermäßigen Defizite möglichst bald abgebaut und die mittelfristigen Ziele schneller erreicht werden können. In anderen Mitgliedstaaten kann eine bessere Bekämpfung der Inflation oder die Korrektur anderer makroökonomischer Ungleichgewichte ebenfalls eine strengere Haushaltspolitik erfordern. Die Anwendung der Regeln des überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakts würde dazu führen, dass die meisten EU-Mitgliedstaaten ihr mittelfristiges Ziel bis 2010 erreichen.

Die meisten Mitgliedstaaten müssen auch tief greifende Reformen der Renten- und Krankenversicherungssysteme in Angriff nehmen bzw. weiterführen und die Verschuldung schneller abbauen, um die Solidität der öffentlichen Finanzen auf lange Sicht zu stärken und die Herausforderungen, die sich durch die Bevölkerungsalterung für die öffentlichen Finanzen stellen, zu meistern und gleichzeitig eine angemessene Alters- und Gesundheitsversorgung langfristig zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, die wirtschaftlichen Anreize für ein frühes Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt zu überdenken.

Europa braucht eine vorausschauendere Haushaltspolitik. Die Mitgliedstaaten sollten der Notwendigkeit einer soliden Haushaltslage und gleichzeitig dem Erfordernis der Festlegung klarer wachstumsfördernder Haushaltsprioritäten Rechnung tragen, um einen ausgewogenen "Policy mix" auf EU-Ebene zu fördern. Sie sollten den erforderlichen haushaltspolitischen Spielraum dadurch eröffnen, dass auch die Effizienz des Einsatzes öffentlicher Ressourcen und Steuern gesteigert und dafür gesorgt wird, dass diese im Sinne der Schwerpunktziele von Lissabon zunehmend in wachstums- und beschäftigungsfördernde Tätigkeiten fließen.

Schließlich ist für die Verbesserung des Wachstumspotenzials und der Wirtschaftsleistung eine wirksamere wirtschaftspolitische Koordinierung erforderlich, die sich auf das vorhandene große Instrumentarium an Koordinierungsmechanismen sowohl in der EU als auch im Euro-Raum stützen könnte.

Fragen im Zusammenhang mit Aktion 3:

- 1. Teilen Sie die Auffassung, dass die Haushaltspolitik in einigen Mitgliedstaaten angesichts einer positiven Konjunkturerwicklung restriktiver als geplant gestaltet werden kann, damit die übermäßigen Defizite beendet bzw. die mittelfristigen Haushaltsziele schneller erreicht werden können?*
- 2. Teilen Sie die Auffassung, dass in einer Situation, in der in mehreren Mitgliedstaaten weiterhin ein haushaltspolitischer Konsolidierungsbedarf besteht, der Schwerpunkt auf die Qualität der Anpassung und die Effizienzsteigerungen gelegt werden sollte?*

2.2. Verbesserung der Beschäftigungslage

Europas Reichtum ist sein Kapital, aber auch seine Arbeitskräfte. Dass Kapital andernorts investiert wird, während in Europa ein hoher Anteil der Arbeitskräfte ohne Beschäftigung ist, deutet darauf hin, dass die europäische Politik nicht angemessen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Aufnahme von Beschäftigungsverhältnissen ausgerichtet ist. Die Minister haben bereits im März 2005 hervorgehoben, dass die europäischen Sozialmodelle modernisiert werden müssen. In den meisten nationalen Reformprogrammen wurde den Reformen zur Verbesserung der Wirkungsweise des Arbeitsmarkts für den Zeitraum bis 2010 hohe Priorität eingeräumt. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten hat quantitative Ziele für die künftige Zunahme der Beschäftigungsquote festgelegt. Diese Ziele entsprechen einer Gesamtbeschäftigung in Höhe des bis 2010 zu erreichenden EU-Ziels von 70 % oder liegen in der Nähe dieses Wertes; zur Verwirklichung dieses Ziels sind jedoch weitere Reformen erforderlich. Derzeit wird der für 2010 festgelegte Zielwert für die Beschäftigungsquote nur in fünf Mitgliedstaaten erreicht bzw. überschritten.

Die Politik sollte so gestaltet werden, dass es (unter anderem durch die Verlängerung der Probezeiten, die Kombination von befristeten und unbefristeten Stellen oder die Erleichterung des Marktzugangs für neue Unternehmen) leichter wird, Arbeit zu finden, so dass ein BIP-Anstieg schneller zu einer Zunahme der Beschäftigung führt. Für eine Nutzung der Vorteile der Globalisierung ist die Fähigkeit zur schnellen Verlagerung von Arbeitsplätzen und Tätigkeiten aus schrumpfenden in expandierende Sektoren ausschlaggebend. Für die Bereitstellung anpassungsfähiger Arbeitskräfte sind qualitativ hoch stehende Bildungs- und Ausbildungssysteme von entscheidender Bedeutung. Ferner ist es erforderlich, die Migrationsströme wirksam zu steuern.

Die Steigerung der Beschäftigungsquote von Frauen, älteren Arbeitnehmern, Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und Zuwanderern stellt ebenso wie die Zunahme der pro Person im Verlauf des gesamten Lebens geleisteten Arbeitsstunden und die langfristige Steigerung des Arbeitskräfteangebots mit Blick auf die mit der Bevölkerungsalterung zusammenhängende demografische Entwicklung weiterhin ein wichtiges Ziel dar. Diesbezüglich sind Maßnahmen erforderlich, welche die Reform der Steuer- und Leistungssysteme vorantreiben, die Anreize verbessern und dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt; ferner muss die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte durch die Verbindung von beruflicher Flexibilität und Beschäftigungssicherheit erhöht werden.

Fragen im Zusammenhang mit Aktion 3:

3. *Teilen Sie die Auffassung, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften zunehmen würde, wenn der Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis erleichtert würde, und halten Sie die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit und der Fertigkeiten im Kontext des lebenslangen Lernens für wichtig, um den raschen Wandel bewältigen zu können?*
4. *Teilen Sie die Auffassung, dass weitere Reformen der Steuer- und der Sozialleistungssysteme sowie weitere Maßnahmen, wie z.B. im Bereich der Kinderbetreuung, erforderlich sind, um die Beschäftigungsquote und die Gesamtbeschäftigung mit Blick auf die für das Jahr 2010 gesteckten Ziele nochmals deutlich zu steigern?*

2.3. Förderung des Produktivitätszuwachses

Im Vergleich zu den USA hat sich die Produktivität in der EU tendenziell rückläufig entwickelt. Die Umkehr dieser Tendenz stellt eine große Herausforderung für die Union dar. Einem wirksamen Wettbewerb und einer tatsächlichen Integration stehen weiterhin zahlreiche Hemmnisse entgegen. Die Indikatoren der OECD deuten darauf hin, dass die Produktmärkte in Europa insgesamt in sehr viel höherem Maße Gegenstand von gesetzlichen Regelungen sind als in den USA.

Europa braucht daher spürbare Fortschritte in Bezug auf eine bessere Rechtsetzung, den Abbau von Bürokratie, den Zugang zu Risikokapital, die Hindernisse für den Zugang von Unternehmen, Handel und Investitionen sowie in Bezug auf die Verringerung staatlicher Kontrollen in der Wirtschaft. Der Erlass neuer Rechtsvorschriften für den Zugang zu Produktmärkten kann in dem Maße spürbare positive Auswirkungen auf die Beschäftigung haben, wie Einschränkungen gelockert werden, der Wettbewerb zunimmt, die Produzentenrenten zurückgehen, die Wirtschaft expandiert und die Beschäftigungsquote tendenziell steigt. Auch Reformen der Rechtsvorschriften, insbesondere, wenn sie den Zugang erleichtern oder den Verwaltungsaufwand verringern, können zu höheren Investitionen führen. Die nationalen Reformprogramme zeigen, dass mit Blick auf die Steigerung der Effizienz und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor und in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen, insbesondere im Energiesektor, ein beträchtlicher Spielraum für die Intensivierung des Produktmarkt Wettbewerbs besteht.

Die Gründung und Führung von Unternehmen muss insbesondere für KMU erleichtert werden. Im Rahmen der unternehmerischen Tätigkeit fallen die Befolgungskosten und andere mit den rechtlichen Regelungen zusammenhängende Probleme für KMU besonders ins Gewicht. Durch den Abbau von Bürokratie, zentrale Anlaufstellen und einen leichteren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. durch die Entwicklung von Finanzinstrumenten der EIB, würde zusätzliches unternehmerisches Potenzial erschlossen. Ein integrierter und gut funktionierender Finanzmarkt ist von entscheidender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Ungeachtet der bei der Integration bereits erzielten Fortschritte genießt die zügige und vollständige Umsetzung des Aktionsrahmens für Finanzdienstleistungen weiterhin hohe Priorität. Weitere Verbesserungen mit Blick auf die Herstellung gleicher Bedingungen und wirtschaftliche Vorteile ließen sich durch die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums (SEPA), den Abbau der Hemmnisse für das Clearing- und Abrechnungswesen für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Aufsicht erreichen.

Es ist weithin bekannt, dass der Wettbewerbsvorteil Europas in seinem hochwertigen Humankapital begründet ist. Europas Ausgaben für Forschung und Entwicklung (sowie die Ergebnisse) bleiben jedoch hinter denen unserer Mitbewerber auf dem Weltmarkt zurück. Darüber hinaus gehören die zu ausgeprägte Schwerpunktsetzung auf Wirtschaftsbereiche, in denen Technologien der niedrigen bzw. mittleren Entwicklungsstufe zum Einsatz kommen, sowie die Unfähigkeit, in weiten Bereichen der IKT zur Konkurrenz aufzuschließen, zu den Schwachpunkten der EU. Zwecks Verbesserung der Voraussetzungen für einen höheren Produktivitätszuwachs werden in den vorrangigen Aktionsbereichen daher der Wettbewerb, wirksamere und effizienter eingesetzte Ausgaben für Bildung und F&E, insbesondere die private F&E, sowie die Erleichterung aller Arten von Investitionen und der Verbreitung der IKT gefördert; damit soll die Innovation vorangetrieben und die Nutzung unseres Humankapitals verbessert werden. Das bestehende Lohngefälle zu Gunsten von F&E-Beschäftigten könnte von Bedeutung sein, wenn es darum geht, der Abwanderung europäischer Forscher entgegenzuwirken.

Frage im Zusammenhang mit den Aktionen 1 und 2:

5. *Teilen Sie die Auffassung, dass der Abbau von Bürokratie und ein leichter Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten den Tätigkeiten der KMU zu Gute kommen werden und damit einen weiteren Beitrag dazu leisten wird, dass die Vorteile des europäischen Binnenmarkts genutzt werden können?*

6. *Teilen Sie die Auffassung, dass private F&E-Investitionen sowie deren Ergebnisse für die Innovation weiterhin unzureichend sind und dass es daher zusätzlich zu den verbesserten öffentlichen Anreizen erforderlich sein wird, die rechtlichen Regelungen zu verbessern und den Wettbewerb auf den Märkten zu intensivieren, wenn das 3 %-Ziel für die Ausgaben im Bereich von F&E erreicht werden soll?*

2.4. Verringerung des Energieverbrauchs und stärkere Diversifizierung

Der jüngste drastische Anstieg der Ölpreise macht deutlich, dass Konzepte zur effizienten Energienutzung und nachhaltige umweltverträgliche Strategien erforderlich sind, damit die Union widerstandsfähiger gegen externe Schocks wird und die Erderwärmung entsprechend den Zielen des Kyoto-Protokolls bekämpft werden kann. Die Minister stimmen darin überein, dass Preissignale möglichst ungehindert ihre Wirkung entfalten sollten und dass der Einsatz von Steuersenkungen als Reaktion auf Preiserhöhungen soweit wie möglich begrenzt werden sollte. Die Minister stimmen ferner darin überein, dass weitere Fortschritte im Hinblick auf eine Verringerung des Energieverbrauchs erreicht werden müssen und auch erreicht werden können. Ferner wäre die Markttransparenz zu verbessern, wobei die Union das Ihre tun und so bald wie möglich regelmäßige Daten über die Lagerbestände veröffentlichen sollte. Die Schaffung eines integrierten europäischen Energiemarkts wird im Hinblick auf die Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung in der EU, die Diversifizierung der Energiequellen und die Erhöhung der Energieeffizienz einen wichtigen Faktor darstellen. Die Minister unterstreichen die Bedeutung der Kosteneffizienz als eines der Leitprinzipien für nachhaltige Entwicklung, das den Grundgedanken jeder politischen Maßnahme bilden muss. Ein letzter Punkt wäre der Anteil der Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen, den die EU-Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2010 auf 12 % erhöhen sollten.

2.5. Die speziellen Herausforderungen für den Euro-Raum

Mehr Wachstum und Beschäftigung im Euro-Raum sind angesichts einer in letzter Zeit schwachen Wirtschaftsleistung und des niedrigen Potenzialwachstums von ca. 2 % (Schätzungen der Kommission) besonders wichtig. Das geringe BIP-Wachstum hat dazu beigetragen, dass die gesamte Staatsverschuldung im Euro-Raum nie gekannte Ausmaße erreicht hat. Es ist von größter Wichtigkeit, dass diese Tendenz im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt so rasch wie möglich umgekehrt wird.

Da die Währungspolitik nicht auf einzelne Länder ausgerichtet sein kann, sollten die Mitgliedstaaten bei ihren Politiken einzelstaatliche wirtschaftliche Entwicklungen, insbesondere Spannungen auf bestimmten Märkten, in den Mittelpunkt stellen und entsprechend handeln.

In einigen Mitgliedstaaten könnten sich insbesondere ein restriktiverer budgetpolitischer Kurs und weiter gehende Strukturreformen auf den Produkt-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Immobilienmärkten als erforderlich erweisen.

Des Weiteren sollten die Lohnentwicklungen nichtinflationäres Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel gewährleisten. Länder mit Problemen bei der Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel müssen eine Verlagerung der Spezialisierung auf Sektoren zulassen, die sowohl in Bezug auf den Export als auch auf Innovationen expandieren. Voraussetzung für einen solchen Wandel ist die Flexibilität der Arbeitsmärkte.

3. Die Herausforderungen der Zukunft: Europa in einer globalisierten Welt

Europa darf angesichts der anstehenden Herausforderungen keine defensive Haltung einnehmen, sondern muss vorausschauend handeln. Defensive Strategien sind Zeichen von Kurzsichtigkeit. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass der Zeitgewinn, der durch Schutzmaßnahmen in gefährdeten Wirtschaftszweigen entsteht, in der Praxis nicht zur Vorbereitung auf die Anpassung genutzt wird, sondern die Wettbewerbsprobleme auf längere Sicht eher noch verschärft. Unsere Anliegen sind Unterstützung und Schutz für den Einzelnen, nicht für einzelne Arbeitsplätze.

3.1. Umsetzung von Strategien zur Nutzung der Vorteile der Globalisierung

Die Wirkungen der Globalisierung haben in den vergangenen 50 Jahren mit jährlich 0,4 % des BIP zum Wachstum in Europa beigetragen (dies entspricht einem Fünftel der Erhöhung des Lebensstandards). Im Ganzen gesehen sind mit der Globalisierung mehr Chancen als Probleme verbunden, sofern entsprechende politische Konzepte existieren. Eine weitere Öffnung Europas würde vielfachen Nutzen bringen. Die Verbraucher hätten Vorteile, da die Preise für Waren sinken und die Produktvielfalt steigen würde. Der Dienstleistungssektor hätte Vorteile, da sich die verfügbaren Einkommen erhöhen würden. Die Steuerzahler könnten Vorteile haben, falls die staatlichen Beihilfen für subventionierte Branchen reduziert würden. Auf lange Sicht können Subventionen für nicht wettbewerbsfähige Branchen die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt aufgrund des hohen Kostenaufwands für andere Sektoren verringern. Die künftigen Auswirkungen auf den Außenhandel können erheblich sein, da die Verbraucher die weltweit billigsten Produktionsmöglichkeiten nutzen könnten. Widerstand gegen die Globalisierung ist somit kurzsichtig und wirkt sich zum Nachteil künftiger Generationen aus. Auf der anderen Seite müssen wir uns des potenziellen Risikos von Negativfolgen für den Einzelnen bewusst sein und gezielte Strategien für die Bedürfnisse derjenigen entwickeln, die in diesem Prozess die Verlierer sein könnten. Wenn die Bürger die notwendigen Veränderungen akzeptieren sollen, müssen sie spüren, dass ein Mindestmaß an Sicherheit gegeben ist. Indem wir mithilfe sozialer Brücken den Übergang von den früheren Bedingungen zu neuen Rahmenbedingungen erleichtern, legen wir den Schwerpunkt auf die Unterstützung des Einzelnen und nicht auf den Schutz einzelner Arbeitsplätze. Ferner ist es notwendig, sich mit den Sorgen der europäischen Bürger zu befassen sowie die Vorteile und die Herausforderungen der Globalisierung klar und deutlich zu vermitteln.

Frage bezüglich Aktion 3:

7. Stimmen Sie zu, dass proaktive strukturpolitische Maßnahmen erforderlich sind, damit die Herausforderungen der Globalisierung gemeistert und ihre Vorteile in vollem Umfang genutzt werden können? Wie kann die öffentliche Akzeptanz der Globalisierung und des damit einhergehenden notwendigen Strukturwandels erhöht werden?

3.2. Mobilisierung der Bürger in Bezug auf die einzelstaatliche Verantwortung

Die jüngste Runde zur Erstellung nationaler Reformprogramme hat mehr gesellschaftliche Interessengruppen mobilisiert, als das bei früheren Runden der Fall war. Auf Ebene des einzelnen Bürgers sind diese politischen Strategien jedoch wenig bekannt und daher nicht so wirksam, wie sie sein könnten. Die Minister und die Europäische Kommission werden gebeten, über weitere Möglichkeiten nachzudenken, wie die europäischen Bürger angesprochen werden können, um bei ihnen Bewusstsein und Verständnis für die Chancen und die Herausforderungen in einer im Wandel begriffenen Welt zu wecken. Einzelstaatliche Verantwortung beinhaltet auch die Verpflichtung zu konkretem Handeln und die Verpflichtung, gezielte Strategien einzusetzen.

3.3. Stärkung der Rolle Europas in der Welt

Die neue Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung bleibt unvollständig, wenn wir ihre Auswirkungen auf Entwicklung, Handel, Migration und Finanzströme auf globaler Ebene außer Acht lassen. Europa kann anderen Regionen der Welt als Schaukasten für friedliche und erfolgreiche wirtschaftliche Integration dienen. Darüber hinaus werden zahlreiche Probleme, die heute in Europa auftreten, später auch andere Regionen betreffen, etwa die Bevölkerungsalterung, Umweltprobleme, zu hoher Energie- und Ressourcenverbrauch, zu hohe Verkehrsdichte usw. Die Kommission und der Rat sind im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten gemäß dem Vertrag aufgerufen, europäische Positionen und europäische Lösungen in internationalen Foren aktiver herauszustellen.

4. Fazit: Umsetzung als oberste Priorität für 2006

Die derzeitigen Grundzüge der Wirtschaftspolitik behalten ihre Gültigkeit und müssen in diesem Jahr nicht angepasst werden. Die zentralen Prioritäten für 2006 sind die wirksame Umsetzung des überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakts und der mit den nationalen Parlamenten und Interessengruppen in den nationalen Lissabon-Reformprogrammen vereinbarten Prioritäten. Die Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates enthält Empfehlungen für Aktionen, die der Rat als nützlichen Beitrag für eine mögliche Aktualisierung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik im Jahr 2007 begrüßt. Die meisten nationalen Reformprogramme beinhalten zukunftsorientierte, integrierte und umfassende Reformstrategien. Wir müssen uns jetzt auf die Umsetzung und in der nächsten Runde der multilateralen Überwachung auf die Herausforderungen konzentrieren (die – anhand der Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates – vom EPC und vom WFA für die Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) im März aufgezeigt werden).

Damit die Reformdynamik erhalten bleibt, ist es von zentraler Bedeutung, dass die Kommission in ihren Berichten über die Umsetzung länderspezifische Bewertungen vornimmt und erforderlichenfalls Empfehlungen ausspricht. Die multilaterale Überwachung sollte weiterhin jährlich stattfinden. Der Rat wird sich im Herbst 2006 erneut mit den nationalen Reformprogrammen und ihrer Umsetzung befassen, damit die Grundzüge der Wirtschaftspolitik im Jahr 2007 durch länderspezifische Empfehlungen ergänzt werden können.

Trotz der unterschiedlichen einzelstaatlichen Traditionen sollten die Länder und die Bürger von den Verfahren lernen, die sich in anderen Ländern bei den Strukturreformen bewährt haben. Die Kommission wird ersucht, in ihrem nächsten jährlichen Sachstandsbericht Beispiele für bewährte Verfahren zu untersuchen, so dass der Rat in die Lage versetzt wird, konkrete Empfehlungen auszusprechen.

Frage:

8. *Stimmen Sie zu, dass die bestehenden Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2006 ihre Gültigkeit behalten sollten und dass die Kommission im Fall einer Aktualisierung der Grundzüge im Jahr 2007 die Aufnahme länderspezifischer Empfehlungen in Erwägung ziehen sollte?*
9. *Erklären Sie sich bereit, dem Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung – als Zeichen Ihrer Entschlossenheit, auf die Umsetzung hinzuarbeiten – drei konkrete Maßnahmen aus Ihrem nationalen Reformprogramm vorzulegen?*